



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace-Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF bringt beim Kirchentag in Hannover Resolution zu Freiwilligendiensten ein

Bonn/Hannover, 30. April 2025/dj

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) hat in den Deutschen Evangelischen Kirchentag 2025 in Hannover eine Resolution eingebracht, wonach begrüßt werden soll, dass die künftige Bundesregierung keinen neuen Pflichtdienst plant, sondern die Freiwilligendienste stärken will. Zugleich soll die Bundesregierung aber auch aufgefordert werden, dafür zu sorgen, dass alle junge Menschen über die Möglichkeit eines Freiwilligendienstes informiert werden. Auch soll die finanzielle Förderung eines Freiwilligendienstes so gestaltet werden, dass sich alle jungen Menschen diesen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft leisten können. Und den Trägern der Freiwilligendienste soll eine Rechtssicherheit gegeben werden, dass bei einem unterschriebenen Vertrag der Freiwilligendienst mit angemessener pädagogischer Begleitung gefördert werde. Insgesamt soll den Freiwilligendiensten auf diese Weise eine höhere Anerkennung zuteilwerden, hofft die AGDF.

Die AGDF nimmt dabei die Perspektive junger Menschen in den Blick, da diese von den Einschränkungen aufgrund vieler Krisen wie Covid19, Kriege und Klimawandel stark betroffen waren und sind. Ein Pflichtdienst würde nach Ansicht des Friedensverbandes ihre Lebensgestaltung sehr beeinflussen, auch würden Pflichtdienste für immense Kosten, neue bürokratische Strukturen, eine Schwächung der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft sowie für neue Ungerechtigkeiten sorgen. Junge Menschen gingen zunehmend auf Distanz zur Regierungspolitik, warnt die AGDF.

Freiwilligendienste würden nach Ansicht der AGDF den jungen Menschen dagegen sinnvolle Tätigkeiten, Wertschätzung, Anerkennung und persönliche Qualifizierung für die Zukunft bieten. Daneben würden Freiwilligendienste einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur Stärkung der Demokratie und im internationalen Bereich zum interkulturellen Austausch leisten. Der Friedensverband ist überzeugt davon, dass die Zahl der Freiwilligen auf 200.000 verdoppelt werden könnte, wenn die Rahmenbedingungen verbessert würden.

Die Resolution soll in der Veranstaltung „Ich: Viele Möglichkeiten (m)ein Weg“ am Freitag, 2. Mai, in Halle 16 auf dem Messegelände in der Zeit von 11 bis 13 Uhr beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover zur Abstimmung gestellt werden.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Handy 0172/70855 37